



NEWSLETTER BERLIN



ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 06/2003 60. gesamt

21.03.2003

Die Folgen des Krieges

Der Krieg im Irak hat begonnen. Alle Bemühungen der Vereinten Nationen, Frankreichs, Russlands und Deutschlands haben keinen Erfolg gehabt. Aber diese Bemühungen waren nicht vergeblich, sie setzen eine klare Alternative zur Politik der USA, die den gemeinsamen Boden des Völkerrechts verlassen hat.

Im medialen Blitzlichtgewitter, das jetzt von Waffen, Strategien und Nachkriegsordnungen berichtet, dürfen die drohenden Opfer unter der irakischen Zivilbevölkerung, aber auch unter den irakischen, britischen und amerikanischen Soldaten nicht vergessen werden.

Manche versuchen jetzt in Deutschland, die eigentlich wichtigen Diskussionen durch Debatten über Überflugrechte und ähnliches zu vermeiden. Ich halte dies für falsch und gefährlich: Es geht um andere Punkte:

Die USA, die 1919 und 1945 Initiator einer Weltordnung des Völkerrechts waren, haben ihre Politik

geändert und setzen jetzt auf Präventivkriege und das Recht des Stärkeren. Das wird wesentliche Folgen für die Welt haben. Der Wettlauf um Massenvernichtungswaffen wird zu-, die Bereitschaft zur Kontrolle durch die UN abnehmen. Viele Diktatoren werden glauben, nur durch den Besitz von Massenvernichtungswaffen vor einem Angriff der USA sicher zu sein. Die Wahl von Krieg als Mittel der Politik wird die Gefahr weiterer Kriege erhöhen. Ein Teufelskreis.

Die Entfremdung zwischen der islamischen Welt und dem Westen wird wachsen, unabhängig wie lange der Krieg dauern wird. Aber auch zwischen westlichen Regierungen und ihrer Bevölkerung wird die Distanz wachsen. Die Fälschungen von Beweismaterial durch die Regierungen der USA und Großbritanniens sind ein undemokratischer Akt gegen die eigene Bevölkerung gewesen. Das wird lange

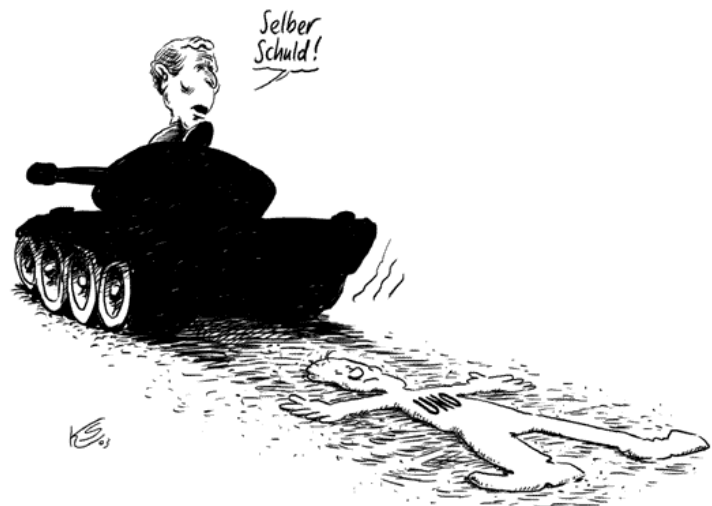
und anhaltende Folgen für unsere demokratische Ordnung haben.

Die CDU/CSU muss endlich Farbe bekennen. Alles Herumreden nützt nichts, CDU und CSU unterstützen mehrheitlich die Politik Bushs. Angela Merkel hat dies im Bundestag klar gesagt. Jetzt wird sie erklären müssen, ob die Opposition auch weitere Präventivschläge und die anhaltende Demütigung der Vereinten Nationen durch die USA unterstützt. Diese Klärung ist wichtig, damit die Bürgerinnen und Bürger entscheiden können.



Themen in dieser Ausgabe:

- Kriegsfolgen
- Bundeshaushalt 2003 : Grundlinien und Schwerpunkte



Bundeshaushalt 2003: Grundlinien und Schwerpunkte

Die nachhaltige konsolidierende Finanzpolitik von Rot/Grün ist keine reine Sparpolitik. Sie will vielmehr die Strukturen des Bundeshaushaltes nachhaltig verbessern, hat den Anspruch gestaltender Politik und will insbesondere die Beschäftigungssituation verbessern.

So zielt die im Haushalt abgebildete wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Strategie einerseits auf die Erschließung von Einsparpotentialen, andererseits auf eine Belebung des Arbeitsmarktes durch Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und einer verbesserten Arbeitsvermittlung.

Schwerpunkte

Zukunftssichernde Ausgaben für Familie, Bildung und Forschung bleiben auf hohem Niveau oder werden sogar noch verstärkt. So stellt der Bund insbesondere bis zum Jahr 2007 ein Investitionsvolumen von insgesamt 4 Mrd. € für zusätzliche Ganztagschulen bereit. Weitere Schwerpunkte:

- Verbesserungen der Innovati-

onsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft,

- Fortführung der Agrarwende
- Einstieg in die Bereitstellung von Mitteln aus den streckenbezogenen Lkw-Maut für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur,
- Intensivierung von Maßnahmen für Energieeinsparungen und
- Einleitung von Schritten zur international vereinbarten Erhöhung der Entwicklungshilfe.

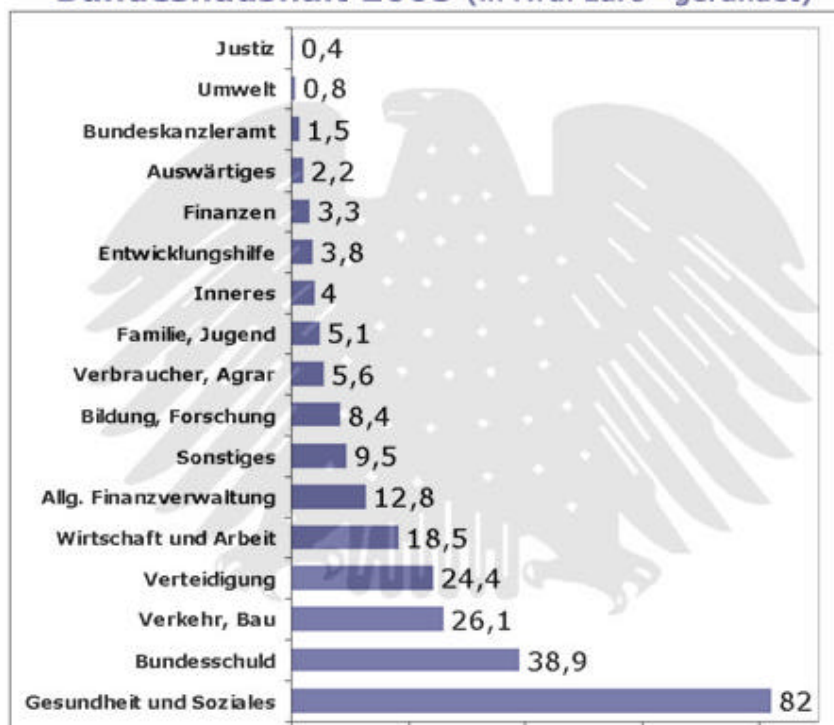
Neue Schwerpunkte und Akzente

Die Koalition hat in den Beratungen im Haushaltsausschuss noch eine Reihe von wichtigen Akzenten gesetzt, die weitgehend durch Umschichtungen in den jeweiligen Einzelplänen finanziert werden konnten:

- 1 Gemäß der Koalitionsvereinbarung wurde ein Zuschussprogramm zur Gebäudesanierung im Altbaubereich und zur Heizungsmodernisierung (Programm "Niedrigenergiehaus im Bestand") sowie ein Umrüstprogramm für Nachtspeicherheizungen mit jährlich insgesamt 160 Mio. € dotiert, das über die Kreditanstalt für Arbeit abgewickelt wird.

- 2 Für die Planungsphase des Metrorapid in NRW wurde ein Baransatz von 80 Mio. € für 2003 eingestellt. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Feinplanung als nächster Schritt zur Realisierung dieser Zukunftstechnik beginnen kann.
- 3 Für den sozialen Wohnungsbau in Verdichtungsräumen mit besonderem Wohnraumbedarf haben wir ein Förderprogramm ("Metropolitenprogramm") mit insgesamt 50 Mio. € eingestellt.
- 4 Für die Beschaffung von Impfstoff sind 152 Mio. € eingestellt, wovon 72 Mio. € von den Ländern erstattet werden.
- 5 Die Mittel für das BAföG wurden um 20 Mio. € und die für die Deutsche Forschungsgemeinschaft um 17,7 Mio. € erhöht.
- 6 Den Ansatz für die Kultur in den neuen Ländern haben wir von 20 auf 23 Mio. € und für den Goldenen Plan Ost von 7,5 auf 10 Mio. € aufgestockt.

Bundeshaushalt 2003 (in Mrd. Euro - gerundet)



Kontakt:

Bundestagsbüro Berlin
 Platz der Republik 1 (UdL 50)
 11011 Berlin
 Tel: 030 – 227 700 26
 Fax: 030 – 227 76 008
 Email: ulrich.kelber@bundestag.de
 Internet: www.kelber.de

SPD-Bürgerbüro Bonn
 Clemens-August-Str. 64
 53115 Bonn
 Tel: 0228 – 280 31 35
 Fax: 0228 – 280 31 36
 Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de